2.2023

Ausguck:

DAS MAGAZIN DER
CDU-BÜRGERSCHAFTSFRAKTION
IM LAND BREMEN

CDU FRAKTION BREMEN

TEAMAUFSTELLUNG

Die neue Fraktionsspitze im Interview
Seite 4

Wir sind die Neuen
Seite 6

Das LdW ist ein Premium-Standort
Seite 10

Ausguck:
2.2023

THEMA

Grußwort von Frank Imhoff 3

Die neue Fraktionsspitze im Interview 4

Wir sind die Neuen 6

Die einzige gleichberechtigt besetzte Fraktion 8

Rot-grün-rote Verschuldung: CDU-Fraktion geht zum Staatsgerichtshof 9

Das LdW ist ein Premium-Standort 10

ZU GUTER LETZT

Kaum zu glauben, aber Bremen 12

www.instagram.com/cdubremen

www.facebook.com/CDUFraktionBremen

twitter.com/CDUFraktionHB

Redaktioneller Hinweis:
Orientiert an der Empfehlung des Rates für deutsche Rechtschreibung vom März 2021 wird im Text das generische Maskulinum verwendet (externe Beiträge ausgenommen). Angesprochen sind damit alle Geschlechter.
Mehr Infos dazu hier: www.rechtschreibrat.com/DOX/rfdr_PM_2021-03-26_Geschlechtergerechte_Schreibung.pdf

Liebe Leserinnen und Leser,

die neue CDU-Bürgerschaftsfraktion ist mindestens so stark wie die alte: bei der Sitzanzahl, in den Themen und mit einem guten Mix aus erfahrenen und jungen Politikern, Frauen wie Männer, in Bremen und Bremerhaven geboren oder von weit auswärts. Zusammen mit meinen Stellvertretern Wiebke Winter und Martin Michalik werden wir als stärkste Oppositionsfraktion die Fehler der Regierung Bovenschulte offenlegen. Mit viel Herzblut werden wir eigene Lösungen vorlegen, wie Bremen und Bremerhaven erfolgreicher und noch lebenswerter für die Menschen in unseren Städten werden können. Im „Ausguck“ bereiten wir für Sie auch in Zukunft Sachverhalte aus dem Parlament und der Arbeit unserer Fraktion ausführlich und gut lesbar auf. In Zeiten von Social Media bleibt dieser klassische Weg der Bürgerinformation unerlässlich. Denn nicht jeder ist regelmäßig digital unterwegs.

Die vor uns liegenden Aufgaben sind groß: Von der Bildungspolitik über die Innere Sicherheit bis zu den notwendigen Investitionen in unsere öffentliche Infrastruktur hat der Senat Bovenschulte in den letzten Jahren viel zu wenig geleistet. Bremen liegt bei den allermeisten wichtigen Standortfaktoren im Ländervergleich hinten. Selbst bei Energie und Klimaschutz fallen wir zurück. Das tut weh! Wir müssen das ändern, weil die Menschen es verdient haben, dass die Politik sich genauso anstrengt und liefert, wie sie es im Alltag selbst jeden Tag tun. Das ist unser Anspruch als CDU-Fraktion, so machen wir Politik für Sie und Euch in der Bürgerschaft.

Ihr

Frank Imhoff

Die neue Fraktionsspitze im Interview

Die CDU-Bürgerschaftsfraktion hat sich in ihrer Sitzung vom 12. Juni für die 21. Wahlperiode zur Bremischen Bürgerschaft konstituiert. Mit Frank Imhoff, Wiebke Winter und Martin Michalik haben sich die erneut 24 Landtagsabgeordneten einen neuen Fraktionsvorstand gewählt. Kurz zuvor bekleidete das Trio noch die ersten drei Plätze der Bremischen Liste zur Bürgerschaftswahl und war damit viel auf der Straße unterwegs. Anlass für einen kurzen Seelengang zwischen Straße und Parlament, Volkes Mund und Realpolitik.

Ausguck: Die Menschen in Bremen haben genau jene Parteien wieder in Regierungsverantwortung gewählt, die seit vielen Jahren falsche Entscheidungen treffen und notwendige, schmerzliche Schritte lieber aussitzen. Mit dem Ergebnis, dass es den Menschen tendenziell immer schlechter geht. Das ist doch paradox, oder?

Imhoff: Die Menschen haben aber auch eine Mehrheit für eine Koalition aus SPD und CDU gewählt und sehr viele Bremerinnen und Bremer hätten sich dieses Bündnis gewünscht. Gescheitert ist es nur an Bürgermeister Bovenschulte. Er wollte unbedingt ein Linkes Bündnis. Nicht desto trotz nehmen wir unseren Auftrag als stärkste Oppositionspartei in der Bürgerschaft an. Mein Anspruch ist es dabei, nah an den Sorgen und Nöten der Menschen zu sein. Wir müssen zuhören, erklären und Lösungen entwickeln, die die Menschen nachvollziehen können. Denn anders als linke Ideologen und auch mancher Sozialdemokrat wollen wir die Menschen nicht umerziehen. Wir Christdemokraten nehmen die Menschen in ihrer ganzen Persönlichkeit ernst.

Winter: Wir haben viele Hinweise, dass ein großer Teil der Bevölkerung nicht nur in Bremen enttäuscht, teilweise tief enttäuscht ist. Das hat viele Gründe. Es würde den Rahmen an dieser Stelle ein wenig sprengen. Zwei Grundsätze sind aber klar: Wo Wunden vorhanden sind, da helfen keine klugen Sachargumente und Zahlenkolonnen. Und zweitens, das hängt direkt damit zusammen: In der Politik geht es nicht darum, immer Recht haben zu wollen, sondern Mehrheiten zu organisieren.

Ausguck: Bitte geben Sie uns dennoch eine Vorstellung, wie Sie die Menschen und ihre Sorgen wahrnehmen?

Michalik: Die Vahr ist ein guter Ort in Bremen, um die Stimmungen und Bedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger hautnah zu spüren. Was mir dabei immer wieder auffällt: Politikverdrossenheit entlädt sich nicht nur in der Aussage, Politiker würden sich sowieso nur die Taschen vollmachen oder Freunde begünstigen. Diesen Groll einiger Menschen hat es immer gegeben und wird es auch immer geben. Wenn rot-grün-rot sich in Bremen mal eben drei neue Staatsräte gönnt, schürt das diese Wut. Worin ich aber eine noch weit größere Gefahr und eine umso größere Aufgabe für uns als CDU-Bürgerschaftsfraktion sehe: Die Menschen sehen ringsherum, dass die Ampel im Bund und Rot-Grün-Rot hier in Bremen die Probleme nicht einmal im Ansatz lösen.

Ausguck: Und trotzdem stellt Rot-Grün-Rot erneut die Mehrheit in der Bürgerschaft!

Imhoff: Rot-Grün-Rot hat im Wahlkampf viel getrickst. Vor allem die Sozialdemokraten. Sie haben sich bei der Bildung systematisch weggeduckt und bei der Inneren Sicherheit ein bisschen Sheriff gespielt, ohne die Sicherheitsprobleme wirklich zu lösen, sie haben den Erhalt der vier Klinikstandorte versprochen, ...

Winter: ... und beim Thema Armut und Arbeit haben sie alle berechtigten Vorwürfe ignoriert und stattdessen die einzig positive Nachricht, die sie hatten, gebetsmühlenartig wiederholt: die gestiegene Zahl sozialversicherungspflichtiger Beschäftigungsverhältnisse ...

Michalik: ... die zum großen Teil aus dem Umland als Einpendler bei uns arbeiten und damit zweitens gar nichts über die höchste Arbeitslosigkeit und Armut in Bremen und Bremerhaven aussagen. Außerdem darf sich diesen Beschäftigungsschub eher die langjährig solide Finanz- und Wirtschaftspolitik der Ära Merkel auf die Fahnen schreiben als Herr Bovenschulte.

Ausguck: Wenn wir an dieser Stelle schon den Ausflug Richtung Bundestag und Bundesregierung wagen, dann müssen wir auch mit Blick auf Bremen und Bremerhaven das Jahr 2015 ansprechen. Es hallt bis heute in vielen Köpfen und den Gefühlen der Menschen nach. Der Höhenflug der AfD nahm unübersehbar im August 2015 seinen Lauf. Auch die BiW in Bremerhaven hat das gestärkt, oder?

Das neue Trio an der Spitze der Fraktion: Martin Michalik, Wiebke Winter und Frank Imhoff.

Winter: Diesen Zusammenhang als solchen festzustellen ist sicherlich nicht verkehrt. Nur müssen wir die richtigen Schlüsse daraus ziehen. Denn zu keinem Zeitpunkt wurde die Grenzschutzpolitik der EU und auch innerhalb des Schengenraums stärker verschärft als unter Angela Merkel nach 2015. Während übrigens Rot-Grün und Rot-Grün-Rot in Bremen allerlei Aufrufe gestartet haben, dass wir in Bremen erheblich mehr Flüchtlinge aufnehmen sollen, als wir das im Verhältnis zu anderen Bundesländern eigentlich müssten. Als Frau Stahmann und den Grünen die Folgen ihrer eigenen Migrationspolitik dann im letzten Jahr vollkommen über den Kopf gewachsen sind, haben sie ein Teil des Problems einfach nach Bremerhaven abgeschoben. Am Tag nach der Bürgerschaftswahl ist mehr als eine Spitzenpolitikerin der Grünen zurückgetreten. In Bremerhaven gab es sogar einen hochrangigen Parteiaustritt. Es ist sicherlich nicht so, dass es da gar keine Zusammenhänge gibt.

Ausguck: Trotzdem wurde an der Weser wieder links gewählt.

Winter: Und in Bremerhaven stark rechts, nicht zu vergessen.

Imhoff: Bündnis Deutschland, wie Bürger in Wut inzwischen heißt, hat in Bremerhaven und Bremen Stimmen gewonnen. Das zeigt, es gibt Fragen in der Bevölkerung, die wir in der Bürgerschaft der Stadtverordnetenversammlung im Magistrat und im Senat offenbar nicht ausreichend gut in der Vergangenheit beantwortet haben. Eine pauschale Ausgrenzung von Bündnis Deutschland, wie es SPD, GRÜNE und LINKE in der Bürgerschaft betreiben, bedeutet aber auch die Ausgrenzung von Wählerinnen und Wählern. Wer das tut, leistet der Demokratie einen Bärendienst. Ich werbe dafür, dass wir uns den Fragen der Menschen mit unseren Antworten im demokratischen Wettbewerb stellen. Das ist die richtige Antwort auf die falschen Antworten von Bündnis Deutschland. Ausgrenzung dagegen stärkt die Falschen und genau das wollen wir nicht. Es ist unsere Aufgabe, mit inhaltlich überzeugenden Antworten die Menschen für unsere Demokratischen Parteien und Fraktionen zu gewinnen. Spielen wir nicht den Falschen mit Falschem auch noch in die Karten. Und dafür sind wir inhaltlich gut aufgestellt, wir haben ein überzeugendes Wahlprogramm, einen Fahrplan für Bremerhaven und Bremen aufgestellt. Wir haben Konzepte von der frühkindlichen Bildung über die Innere Sicherheit bis zur Finanzierung von Energieversorgung und Klimaschutz. Daran können wir uns orientieren und darauf können wir aufbauen, wenn es gilt fehlende Antworten zu geben.

Ausguck: Und erreicht die CDU-Bürgerschaftsfraktion bis dahin auch genügend Menschen auf der Straße mit ihrer Politik, die sie im Parlament macht? Vielleicht auch solche, die sich von der CDU abgewendet haben, ohne dass man im gleichen Atemzug jüngere Schichten wieder verliert?

Imhoff: Das ist unsere Aufgabe als Volkspartei. Nicht nur, um die nächste Bürgerschaftswahl zu gewinnen. Keine Partei außer der CDU hat diese Integrationskraft und beherrscht den Kompromiss so gut wie wir. Die SPD hat diesen Anspruch längst aufgegeben, der wahre Kitt für unsere Gesellschaft zu sein. Und die Grünen sind viel zu ideologisch und hart in ihrer Denke. Die Meinung der Andersdenken innerhalb einer einzigen Partei auszuhalten und das in der Fraktion in gute Realpolitik zu gießen, das kann nur die CDU. Und was die Frage mit den Gefühlen auf der Straße angeht, das sehe ich ganz genauso wie Wiebke und Martin: Wer Extreme bekämpfen will, der muss als guter Demokrat auch die Gefühle der Menschen erreichen. Und genau das werden wir tun.

Wir sind die Neuen

KERSTIN ECKARDT

Geboren 1966 in Dortmund. Abitur. Ausbildung zur Bankkauffrau. Angestellte für Personalwesen und Finanzbuchhaltung im Ingenieurbüro des Ehemannes, eines bremischen öffentlich bestellten Vermessungs-Ingenieurs.

POLITIK UND EHRENAMT: Vorsitzende Stadtbezirksverband Westen, Vorsitzende Ortsverband Walle, ordentliches Mitglied im Landesjugendhilfeausschuss, Mitglied am Runden Tisch zur Umsetzung der Istanbul-Konvention gegen Gewalt an Mädchen und Frauen, Mitglied im Bremer Frauenrat
MEINE SCHWERPUNKTE: Senioren, Gleichstellung, Gesundheit, Beiräte und Bürgerbeteiligung
PRIVAT: Segeln, Crew-Mitglied der bremischen Traditionsschiffe MS Friedrich und des Plattenbodenseglers Verandering der Bremischen Evangelischen Kirche, Schwimmsport

THERESA GRÖNINGER

Geboren 1993 in Münster. Abitur. Studium Musikpädagogik (Klarinette) & Politikwissenschaften, Bremen (Abschluss BA) sowie Komplexes Entscheiden (MA). Stipendiatin der KAS. Seit 2017 Führungspositionen im Bereich Marketing & Sales. Städtische Deputierte Gesundheit & Verbraucherschutz (2019–2021), Mobilität, Bau & Stadtentwicklung (2021–2022) sowie Wirtschaft & Arbeit (2022–2023).

POLITIK UND EHRENAMT: Mitglied im Landesvorstand CDU, stv. Vorsitzende Kreisverband Bremen-Stadt & Stadtbezirksverband Wümme, Wirtschaftsjunioren, Beirat Joblinge Hanse gAG
MEINE SCHWERPUNKTE: Wirtschaftspolitik, Digitalisierung, Mobilität
PRIVAT: Radfahren & Camping

HETAV TEK

Geboren 1981 Mahabat (Iran). Flucht mit der Familie nach Deutschland. 2003–2009 Kultur- und Sprachmittlerin, Düsseldorf. 2015–2016 Politische Geschäftsführerin Kurdistan Kultur- und Hilfsverein e.V. Seit 2018 Familienhelferin bei der Bremer Erziehungshilfe, Bremen

POLITIK UND EHRENAMT: Beauftragte für soziale Integration und Chancengerechtigkeit im CDU-Landesvorstand, 2007–2023 Bundesvorsitzende Deutsche Jugend in Europa Bundesverband e.V., 2011–2021 stv. Deutscher Bundesjugendring e.V., seit 2021 Mitglied in der Deutsch-Israelischen Gesellschaft Bremen.
MEINE SCHWERPUNKTE: Integrations- und Migrationspolitik
PRIVAT: In einer Beziehung. Ich koche gerne (mein Leibgericht: Grünkohl mit Bregenwurst)

WIEBKE WINTER

Geboren 1996 in Kiel, aufgewachsen in Bremen. Abitur. Jura-Studium in Hamburg, Auslandstrimester an der University of Oxford. 2018 Erstes Staatsexamen, 2022 Promotion, ab 2021 Referendariat. Mitglied der städtischen Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz (2019–2023).

MEINE SCHWERPUNKTE: Bildung, Klimaschutz, Digitalisierung
POLITIK UND EHRENAMT: Mitglied im CDU Bundesvorstand, Landesvorstand und stellvertretende Vorsitzende im Kreisverband Bremen-Nord sowie Landesvorsitzende der JU. Mitgründerin der KlimaUnion, Botschafterin des Projekts AHOI! der Caritas Bremen.
PRIVAT: Sport, Bücher und mein Kater Eddie

SIMON ZEIMKE

Geboren 1983, aufgewachsen an der Weser in Brake. Abitur am Gymnasium Brake. Für die CDU von 2006–2014 als Ratsherr im Stadtrat. Studium in Bremen: Abschluss Diplom Ökonom. Berufliche Stationen in Hamburg, München und Bremen im Online-Marketing und inzwischen als Account-Manager. Von 2019 bis 2023 Mitglied der städtischen Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz.

POLITIK UND EHRENAMT: Mitglied im Landesvorstand und Kreisvorstand Bremen-Stadt, Vorsitzender der CDU Oberneuland, Vorsitzender Dein Festmahl e.V., Mitglied im Rundfunkrat
MEINE SCHWERPUNKTE: Digitalisierung, Gesundheit, Medien
PRIVAT: Mein Garten, mein Hund, Kochen, Reisen

MICHAEL JONITZ

Geboren 1982 in Bremen. Abitur. Bankkaufmann. Studium in Oldenburg, Emden und Vechta: Abschluss Diplom-Kaufmann (FH) und Master of Arts. Dozent im Fachbereich Wirtschaft an der Jade Hochschule Wilhelmshaven. 2019–2023 Mitglied der städtischen Deputation für Mobilität, Bau und Stadtentwicklung.

POLITIK UND EHRENAMT: 2007–2013 Mitglied im Beirat Östliche Vorstadt, stellvertretender Vorsitzender im Kreisverband CDU Bremen-Stadt, Vorsitzender Stadtbezirksverband Mitte/Östliche Vorstadt, Vorsitzender von FebbEx e.V.
MEINE SCHWERPUNKTE: Verkehrs- und Baupolitik, Stadtentwicklung
PRIVAT: verheiratet

Die einzige gleichberechtigt besetzte Fraktion

Frank Imhoff kündigt zupackende Oppositionsarbeit an

Die CDU-Fraktion hat sich auf ihrer Sitzung am 12. Juni für die 21. Wahlperiode der Bremischen Bürgerschaft konstituiert. Die Mitglieder wählten Frank Imhoff zu ihrem neuen Vorsitzenden. Als Stellvertreter wurden Wiebke Winter und Martin Michalik gewählt. Erneut bilden 24 Abgeordnete die stärkste Oppositionsfraktion des Parlaments, davon 21 aus Bremen und drei aus Bremerhaven. Mit je zwölf Frauen und Männern sind die Christdemokraten zudem die einzige Fraktion, deren Reihen gleichberechtigt mit Frauen und Männern besetzt sind. Sechs von ihnen sind erstmals für die CDU-Bürgerschaftsfraktion ins Parlament eingezogen: Kerstin Eckardt, Theresa Gröninger, Michael Jonitz, Hetav Tek, Wiebke Winter und Simon Zeimke.

Frank Imhoff kündigt eine zupackende Oppositionsarbeit an: „Ich freue mich sehr über das Vertrauen meiner Kolleginnen und Kollegen. Bedanken möchte ich mich auch bei meinem Vorgänger Heiko Strohmann für die geleistete Arbeit in den letzten zwei Jahren. Wir sind fachlich und personell hervorragend aufgestellt und starten mit vielen neuen Gesichtern in die kommende Legislatur. Bürgermeister Bovenschulte hat die Chance für einen erfolgreichen Neustart unseres Landes in den Wind geschrieben und gibt weiterhin linker Klientel-Politik den Vorzug. Auf die breite Mitte unserer Gesellschaft kommen dadurch schwere Lasten zu: unsolide Finanz- und Wirtschaftspolitik, eine ideologische Bildungspolitik, die an den unübersehbaren Bedarfen der Kinder und Jugendlichen vorbeigeht und nicht zuletzt das Hin und Her bei der Inneren Sicherheit. Als mit Abstand stärkste Oppositionspartei werden wir Fehler klar benennen und immer dann konstruktiv mit dem Senat zusammen arbeiten, wenn es den Menschen in unseren Städten nützt."

Die CDU-Fraktion hat aufgrund ihrer Stärke im Parlament unter anderem die Möglichkeit, Untersuchungsausschüsse und Sondersitzungen durchzusetzen. Als Vizepräsidentin wählte die Bremische Bürgerschaft auf Vorschlag der Christdemokraten mit großer Mehrheit Christine Schnittker aus Bremerhaven. Schriftführer im Bürgerschaftsvorstand sind auf Vorschlag der CDU-Fraktion die bremischen Parlamentarier Sandra Ahrens und Claas Rohmeyer. Wie in der vorangegangenen Legislatur wird Jens Eckhoff Vorsitzender des Haushalts- und Finanzausschusses (Stadt und Land), Claas Rohmeyer steht erneut dem Petitionsausschuss (Stadt und Land) vor. Ebenso leitet Martin Michalik auch weiterhin den Klima-Controlling-Ausschuss (Land). Marco Lübke wird Sprecher der Innendeputation, Hetav Tek Sprecherin der Sozialdeputation und Heiko Strohmann wird Sprecher der Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz.

Rot-grün-roter Schuldenhaushalt: CDU-Fraktion schaltet Staatsgerichtshof ein

Die CDU-Bürgerschaftsfraktion kommt nach umfassender fachlicher Beurteilung zu dem Ergebnis, dass Bürgermeister Bovenschultes Nachtragshaushalt 2023 gegen die Landesverfassung verstößt. Fraktionschef Frank Imhoff zieht dagegen mit seinen Fraktionskolleginnen und -kollegen vor den Staatsgerichtshof: „Mit unserer Klage schützen wir Steuerzahler und jüngere Generationen davor, dass die rot-grün-rote Koalition alle finanziellen Belastungen mit einem rechtswidrigen Manöver auf die Zukunft verschiebt."

Gutachter und Verfahrensbevollmächtigter Prof. Dr. Christoph Gröpl erläutert: „Ich sehe gute Erfolgsaussichten für einen Normenkotrollantrag gegen den Nachtragshaushalt 2023 vor dem Staatsgerichtshof. Erstens: Wenn man die Hürden so niedrig legt wie der Senat, wird die Schuldenbremse de facto abgeschafft. Zweitens: Über 90 Prozent der Gelder werden pauschal zur Verfügung gestellt, damit besteht die Gefahr der Zweckentfremdung. Drittens ist eine solche überjährige ‚Schuldenwirtschaft' mit dem parlamentarischen Budgetrecht unvereinbar."

Jens Eckhoff, haushalts- und finanzpolitischer Sprecher, ergänzt: „Die Regierung Bovenschulte will bis 2027 drei Milliarden Euro zusätzlicher Schulden aufnehmen und begründet dies mit einer vermeintlich unvorhersehbaren Notsituation. Doch der Klimawandel und seine Folgen sind spätestens seit der wissenschaftlich fundierten Position des Club of Rome von 1972 bekannt. Dass Bremen seine Klimaziele regelmäßig verfehlt, liegt nicht an fehlenden Finanzen, sondern am fehlenden politischen Willen und an mangelnder Haushaltsdisziplin."

Live zugeschaltet zur Pressekonferenz: Prof. Dr. Christoph Gröpl im Austausch mit Frank Imhoff und Jens Eckhoff.

Zur Person: Prof. Dr. Christoph Gröpl ist Inhaber des Lehrstuhls für Staats- und Verwaltungsrecht sowie deutsches und europäisches Finanz- und Steuerrecht an der Universität des Saarlandes. 2021 war er Verfahrensbevollmächtigter für vierzig Abgeordnete der Opposition im Hessischen Landtag vor dem Staatsgerichtshof des Landes Hessen in einer Klage gegen das Gesetz zum Corona-Sondervermögen. Das Verfassungsorgan gab dieser Klage mit Blick auf Verstoß gegen die Vorgaben der Schuldenbremse statt.

Unsere Fraktionssprecher:

Yvonne Averwerser
- Bildung
- Rechnungsprüfung

Sandra Ahrens
- Kinder und Familie

Hartmut Bodeit
- Kleingärten
- Umwelt

Susanne Grobien
- Wissenschaft
- Häfen (Stadt)

Martin Michalik
- Aussiedler
- Energie
- Klima & Nachhaltigkeit

Bettina Hornhues
- Arbeitsmarkt

Dr. Wiebke Winter
- Europa
- Recht

Rainer Bensch
- Gesundheit und Krankenhäuser
- Pflege

Frank Imhoff
- Kirchliche Angelegenheiten
- Landwirtschaft und Jagd

Sina Dertwinkel
- Drogen
- Verbraucherschutz

Marco Lübke
- Inneres
- Sport

Hetav Tek
- Jugend
- Queer Politik

Thorsten Raschen
- Häfen (Land)

Dr. Oğuzhan Yazıcı
- Bau und Stadtentwicklung
- Controlling und Beteiligungsmanagement

Claas Rohmeyer
- Kultur
- Petitionen

Silvia Neumeyer
- Tierschutz

Jens Eckhoff
- Haushalt und Finanzen

Kerstin Eckardt
- Bürgerbeteiligung
- Beiräte und bürgerschaftliches Engagement
- Gleichberechtigung
- Senioren

Theresa Gröninger
- Wirtschaft

Michael Jonitz
- Mobilität

Christine Schnittker
- Bremerhaven Angelegenheiten

Simon Zeimke
- Datenschutz & Informationsfreiheit
- Digitalisierung
- Medien

Sigrid Grönert
- Ausländer, Migration und Flüchtlinge
- Menschen mit Behinderung
- Soziales

Das LdW ist ein Premium-Standort

Auf Einladung der CDU-Bürgerschaftsfraktion: 150 betroffene Gäste im Bürgerhaus Obervieland

„Typisch Umverteilung, typisch linke Politik. Statt Stärken zu stärken, werden profitabel wirtschaftende und fachlich anerkannte Institutionen auf dem Rücken der Menschen ausgeschlachtet, zwangsweise umgezogen. Und das alles nur, weil die eigene, rot-grün-rote Gesundheitspolitik über Jahre die falsche Strategie hatte. Die neue Regierung weiß, wie die alte, vor lauter Schulden und Finanzlücken nicht mehr weiter. Das ist der wahre Grund, dass sie das LdW dichtmachen wollen“, so kommentiert Rainer Bensch, gesundheitspolitischer Sprecher der CDU-Bürgerschaftsfraktion, den Umstand, dass Bürgermeister Bovenschulte (SPD) und Gesundheitssenatorin Claudia Bernhard (Linke) direkt nach der Wahl einräumen, das LdW zerschlagen zu wollen. Obwohl sie in ihren Wahlprogrammen versprochen hatten alle Standorte der GeNo zu erhalten.

Grund genug für die Christdemokraten, alle betroffenen Bürgerinnen und Bürger am 28. Juni zum Austausch ins Bürgerhaus Obervieland in Sichtweite des LdW einzuladen. Rund 150 Besucherinnen und Besucher folgten dem Aufruf und nahmen an der sehr emotionalen Debatte teil: Ärzte, Pflegepersonal, Labortechniker, Patienten, Angehörige, Nachbarn, Vertreter von Sozialverbänden, Mitglieder der CDU-Bürgerschaftsfraktion. Klar wurde: Mit den Betroffenen hätten Senat und Geschäftsführung der Gesundheit Nord gGmbH (GeNo) nicht gesprochen. Und nicht zuletzt: Eine ganze Reihe öffentlicher Argumente für den Erhalt des Klinikums Links der Weser würden die Verfechter einer Zerschlagung hartnäckig ignorieren.

Der Abend brachte zudem weitere Klarheit über den Kern dieses Senats-Vorhabens: Während dieser öffentlich behauptet, es sei lediglich eine Verlegung des Herzzentrums ans Klinikum Mitte geplant, die den Standort LdW nicht gefährde, so widerlegten viele Teilnehmer dies mit ihren Wortbeiträgen. Denn zum einen müssten erhebliche Teile der Laborinfrastruktur und große Teile der Normal-Station samt Personal nach Mitte verlegt werden. Zum anderen sei ein LdW ohne Herzzentrum wirtschaftlich zum Scheitern verurteilt.

Rainer Bensch, wurde auch an dieser Stelle deutlich: „Die Spitzenmedizin in Kattenturm weckt schon länger das Interesse klammer Gesundheitspolitiker von SPD und Linken. In Wahrheit geht es Rot-Grün-Rot nicht um eine bestmögliche Gesundheitsversorgung. Wäre dies das oberste Ziel der Regierungs-Koalition, käme man um eine vorzugswürdige Sanierung im Bestand am Standort LdW nicht herum. Beispiele wie die Sanierung im laufenden Betrieb am Klinikum Herford zeigen klar, dass es funktioniert“.

Sieben Tage nach dieser Veranstaltung hat der Aufsichtsrat des Aus für das Klinikum Links der Weser zum Ende des Jahres beschlossen. Die CDU-Bürgerschaftsfraktion setzt sich weiterhin für einen anderen Weg auch mit Kooperationen, Campus-Lösungen und private Investitionen ein. Sie wird den weiteren Prozess parlamentarisch, in der Deputation für Gesundheit und im Controlling Ausschuss kritisch begleiten und für Transparenz sorgen.

„Das Herzzentrum des LdW ist ein ganz besonderes in Deutschland. Es hat sich in seiner langen Geschichte zu einem Leuchtturm entwickelt, in seiner ganzen Arbeit, zum Beispiel auch in der Pflege und es entfaltet für die Region eine enorme Bindungskraft. Wir haben am LdW auch die große Notaufnahme, die 17.000 Fälle im Jahr bearbeitet. Wir haben eine hohe Auslastung, auch weil die stationäre und ambulante Versorgung hier eng verzahnt sind, eigentlich etwas, was sich alle Gesundheitspolitiker wünschen. Der kurze direkte Draht ist ganz wichtig. Deswegen können wir auf drei Katheterplätzen nebeneinander 9.000 Behandlungen pro Jahr durchführen. Das gibt es so in keiner anderen Einrichtung. Das Klinikum Mitte hingegen hat momentan ein Problem mit der Auslastung. Wir sagen aus der Praxis: Wir haben hier (im LdW) sehr qualifiziertes Personal, von dem viele im niedersächsischen Umland wohnen. Viele von ihnen haben Kinder, die sie nicht in Bremer Kitas untergebracht bekommen. Denkt an die Mitarbeiter!“

Dr. med. Martin Gödde, Facharzt Innere Medizin und Kardiologie, Herzzentrum LdW

„Wir arbeiten hier als buntes Team seit vielen Jahren sehr erfolgreich. Was wir zwei Tage nach der Wahl aus der Zeitung erfahren haben, war ein echter Hammer. Wir hatten noch Informationen, dass es ein mobiles Zentrum auf dem Hubschrauberlandeplatz geben kann. Mit uns spricht aber niemand. Es gibt für die Verlagerung des Herzzentrums nach Mitte nur eine einzige Grundlage – und das ist eine Quadratmeterberechnung eines Architekten. Aber wenn man das LdW im laufenden Betrieb sanieren würde, kommen wir genauso gut dabei weg.“

Nele Suhrkamp, seit 16 Jahren Pflegerin auf der herzchirurgischen Intensivstation des LdW

„Ich arbeite schon Monate am Erhalt des LdW. Aus den ganzen Aktivitäten kommt dennoch heraus: Sie wollen es schließen, um jeden Preis. Abwracken und fertig. Immer mehr Ärzte verlassen den Stadtteil. Bislang haben wir noch die Ambulanz im Krankenhaus. Wir brauchen eine Gesundheitsversorgung für die Menschen in diesem Viertel. Sonst werden die Menschen hier allein gelassen.“

Peter Erlanson, Betriebsratsmitglied LdW

Ausguck:

2.2023

christdemokratisch
hanseatisch
unterhaltsam

Ein Magazin der
CDU-Bürgerschaftsfraktion
im Land Bremen

Am Wall 135 · 28195 Bremen
T. 04 21 - 30 89 4 - 0
F. 04 21 - 30 89 4 - 44

Verantwortlich für den Inhalt
(V.i.S.d.P.): Dr. Andreas van Hooven
(Pressesprecher der CDU-Bürgerschaftsfraktion)

Erscheinungsweise:
4 Ausgaben jährlich

Auflage:
3.500 Exemplare

Fotos:
Shutterstock, Tobias Koch, CDU-Bürgerschaftsfraktion Bremen, Bremische Bürgerschaft, Nils Hasenau

Gestaltung:
Swakowski | Grafikdesign

Druck:
BerlinDruck GmbH + Co KG, Achim

Das Magazin und alle in ihm enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung bedarf der Zustimmung des Herausgebers. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen.

Social Media:
Facebook: CDU-Fraktion Land Bremen
Twitter: twitter.com/CDUFraktionHB
Instagram: instagram.com/cdubremen

FSC www.fsc.org RECYCLED Papier aus Recyclingmaterial FSC® C011814

KAUM ZU GLAUBEN, ABER BREMEN

Mit Rot-Grün-Rot steigen die Gebühren

2019 versprachen SPD und Grüne im Wahlkampf Gebührenstabilität beim Müll. Ihr Plan: Wir nehmen Steuergeld in die Hand und kaufen die privaten Abfallbetriebe. Ergebnis: Die Leerung der 60-Liter-Tonne Restmüll wurde 2022 um 31,4 Prozent teurer, die wöchentliche Leerung von 1.100-Liter-Behältern in Großwohnanlagen kostete die Menschen 8,5 Prozent mehr.

Als dann 2022 Energie und Preise seit dem russischen Angriffskrieg durch die Decke gingen, forderte die CDU-Fraktion zum Schutz der Bürgerinnen und Bürger in Bremen und Bremerhaven ein landesweites Stopp-Schild gegen höhere Gebühren und Steuern. Ergebnis: Rot-Grün-Rot lehnte unseren Schutzschirm gegen Inflation im Parlament ab, genehmigte sich selbst mehr Personal und steckte weiteres Geld in Prestige-Projekte. Und die Menschen in Bremen … durften ab dem 1. Januar 12,5 Prozent mehr Geld fürs Abwasser hinblättern. Und jetzt, direkt nach der Wahl kommt raus: „Oma Walle“ soll ab 2024 nochmal 14 Prozent mehr für ihre Klospülung, Küchenwasser und Regen-Entwässerung berappen. Und wäre das alles nicht schlimm genug, sickert aktuell durch, dass die Regierung Bovenschulte den Menschen auch die Müllgebühren ab 2024 schon wieder erhöhen will. So sieht Soziale Gerechtigkeit à la Rot-Grün-Rot aus.

Kontakt:
michalik@cdu-bremen.de

CDU FRAKTION BREMEN